

«Ich bin der Beweis, dass ein Lehrling Bundesrat werden kann»

Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) erklärt, wie er das duale Bildungssystem stärken will, wie er sein Geld anlegt und weshalb die Schweiz nicht nur auf die EU schauen soll.

Marcel Odermatt

Die Weltwoche, 6.2.2025

Weltwoche: Herr Bundesrat, warum wird 2025 ein gutes Jahr für die Schweizer Wirtschaft? Was stimmt Sie optimistisch?

Guy Parmelin: Die Schweizer Wirtschaft hat sich in all den kürzlich erlebten Krisen sehr resilient gezeigt. Unsere innovativen und spezialisierten Unternehmen schafften es immer wieder, sich agil den aktuellen Situationen anzupassen. Aber das ist nicht selbstverständlich. Wir müssen Engagement und Leistung und unternehmerisches Handeln wieder stärker belohnen. Und wir müssen die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen stetig verbessern.

Weltwoche: Als Mitglied der Landesregierung haben Sie einen sehr guten Lohn. Wie legen Sie Ihr Geld an?

Parmelin: Wie wohl die meisten in unserem Land: auf der Bank.

Weltwoche: Darf ein Bundesrat auch Aktien von einzelnen Unternehmen besitzen, oder gibt es hier auf Auflagen?

Parmelin: Es gelten für die Mitglieder des Bundesrats die Grundrechte der Eigentums-garantie und der Wirtschaftsfreiheit gemäss den Art. 26 und 27 der Verfassung. Ich dürfte mich also an einem Unternehmen finanziell beteiligen, sofern es nicht um die Verantwortung für einzelne Geschäfte geht. Auch die eigene Vermögensverwaltung ist nicht verboten, sofern das nicht in einem Umfang betrieben wird, die einer Erwerbstätigkeit oder einem Gewerbe gleichkommt.

Weltwoche: Wenn Sie als Wirtschaftsminister die aktuelle Wirtschaftslage betrachten: Was bereitet Ihnen im Moment die grössten Sorgen?

Parmelin: Lassen Sie mich zuerst die aktuelle Situation analysieren. Das ist wichtig, um die Lage richtig einschätzen zu können.

Weltwoche: Bitte.

Parmelin: Wir leben in sehr unsicheren Zeiten. Nach der Gesundheitskrise kamen vor zwei Jahren der Krieg in der Ukraine und die Energiekrise. Daraus hat sich weltweit eine komplexe geopolitische Dynamik entwickelt. Die Welt ist mit einer ungewöhnlichen Häu-

fung von Krisen konfrontiert. Dies hat nicht nur erhebliche politische Auswirkungen, sondern auch grosse wirtschaftliche Herausforderungen zur Folge. Das spüren wir auch in der Schweiz. Wir haben es mit einer fragmentierten Welt-politik und einer Tendenz zur Blockbildung zu tun. Die internationale Ordnung, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg kannten, gerät dadurch ins Wanken.

Weltwoche: Können Sie das konkretisieren?

Parmelin: Fangen wir mit Europa an. Bei unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland ist die Ampelregierung zerbrochen. Das Land ist politisch und wirtschaftlich so instabil wie selten in der jüngeren Vergangenheit. In unserem anderen Nachbarland Frankreich erleben wir seit kurzem eine weitere neue Regierung unter Präsident Macron. Belgien hat sieben Monate nach den Wahlen immer noch keine Regierung, und in Österreich habe ich schon seit Monaten keine Minister als Ansprechpartner mehr, weil die Koalitionsverhandlungen so

lange dauern. Sie sehen, die Lage auf unserem Kontinent ist alles andere als stabil.

Weltwoche: Auch in Übersee kommt es zu Turbulenzen.

Parmelin: Ja genau. Kanada verliert seinen Premierminister vor dem Hintergrund einer beispiellosen politischen Krise. Und – last, but not least – der neue amerikanische Präsident Donald Trump hat bereits in den ersten Wochen

«Für manche ist die Neutralität zu einem Schimpfwort geworden. Für mich ist das Gegenteil der Fall.»

seiner Amtszeit einen explosiven, wenn auch nicht völlig unerwarteten Vorgeschmack darauf gegeben, was seine Präsidentschaft für die USA und die ganze Welt bedeuten wird.

Weltwoche: Sie haben von Krisen und Umbrüchen gesprochen. Was bedeutet das für die Schweiz?

Parmelin: Wir stehen vor heiklen Weichenstellungen. Die Linien der Zusammenarbeit verlaufen immer stärker zwischen *like-minded* Staaten, also Ländern, die gleiche oder ähnliche Positionen vertreten, zum Beispiel im Krieg in der Ukraine.

Weltwoche: Das heisst für die Schweiz? Dass es schwieriger wird, sich herauszuhalten?

Parmelin: Es ist nicht zu leugnen: Die Schweiz steht international unter Druck. Jetzt geht es darum, unsere Position zu erklären. Nehmen wir die Neutralität. In den letzten Jahren wurde die Schweiz immer wieder dafür kritisiert und stiess auf Unverständnis, dass sie keine Rüstungsgüter in die Ukraine liefert. Mittlerweile stelle ich aber fest, dass sich die Meinung in dieser Frage geändert hat und es heute für die internationalen Akteure klarer ist, dass die Schweiz aufgrund ihrer Neutralität keine Waffen in Kriegsgebiete exportiert.

Weltwoche: Was halten Sie persönlich von der Neutralität?

Parmelin: Für manche in der Schweiz ist sie zu einem Schimpfwort geworden. Für mich ist das Gegenteil der Fall. Gerade in diesen schwie-

Ein stiller, bescheidener Schaffer

Guy Parmelin gehört zu den unterschätztesten Bundesräte der letzten Jahrzehnte. Kein Mann der grossen Worte, ein stiller Schaffer und bescheidener Politiker, der unermüdlich versucht, die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft zu verbessern. Der SVP-Politiker wurde 2015 als Nachfolger der zurückgetretenen Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) in die Regierung gewählt. Seit 2019 ist Parmelin Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung. Der 65-Jährige war bis zu seiner Wahl in den Bundesrat als Weinbauer tätig und sass seit 2003 für den Kanton Waadt im Nationalrat. (WW)



«Respekt, Willen, Kreativität»: Bundesrat Parmelin.

rigen Zeiten erlebe ich die Neutralität als umso positiver.

Weltwoche: Warum?

Parmelin: Am liebsten wäre es mir, wenn es gar keine Krisen und Kriege mehr gäbe. Dem ist aber leider nicht so, und deshalb sind Vermittler und Schlichter umso nötiger. In diesen Fällen neutral zu sein, bedeutet nicht, dass es uns an Engagement und Mut fehlt. Sie ist für die Schweiz eine natürliche, sachliche und nützliche Voraussetzung, um zwischen Konfliktparteien zu vermitteln.

Weltwoche: Die Neutralität ist zentral für die Sicherheit und damit für das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes. Doch nicht nur dieser Pfeiler des Staates steht auf dem Prüfstand. Der Bundesrat will mit der EU ein institutionelles Abkommen abschliessen. Wie stehen Sie dazu?

Parmelin: Wie Sie wissen, wurden die Verhandlungen mit der EU Ende Dezember materiell abgeschlossen. Die Texte werden nun juristisch geprüft, dann gehen die Verträge in eine breite Vernehmlassung.

Weltwoche: Jetzt weiss ich noch nicht, ob Sie das Abkommen gut finden oder nicht?

Parmelin: Der Bundesrat will die Beziehungen zur EU stabilisieren und weiterentwickeln. Vergessen Sie nicht: Die EU ist und bleibt ein wichtiger Partner für unseren Wirtschaftsstandort. Aber bei aller guten Nachbarschaft muss ich auch daran erinnern, dass die EU nicht unsere einzige Partnerin ist – und auch nicht sein soll. Die Entwicklung ist klar: Während das Handelsvolumen mit der EU abnimmt, nimmt es in anderen Märkten zu. Deshalb lautet meine Devise: Die Schweiz braucht einerseits ein geregeltes Verhältnis zur Europäischen Union. Sie wird aber nur erfolgreich sein, wenn sie ihre Handelsbeziehungen diversifiziert und ihren Horizont erweitert.

Weltwoche: Ihre Partei mobilisiert alle Kräfte gegen das Abkommen. Die Landesregierung hat dagegen das Verhandlungsergebnis zur Kenntnis genommen und steht hinter dem materiellen Abschluss. Machen Sie sich keine Sorgen, zwischen den Fronten aufgerieben zu werden?

Parmelin: In der Politik haben alle ihre Rollen. Die Parteien spielen eine wichtige Rolle, der Bundesrat eine andere. Meine Rolle ist, die Haltung des Bundesrats zu verteidigen und als

«Bei aller guten Nachbarschaft muss ich auch daran erinnern, dass die EU nicht unsere einzige Partnerin ist.»

Vorsteher des Wirtschafts- und Forschungsdepartements gute Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit der EU, aber auch mit allen andern internationalen Partnern zu schaffen.

Weltwoche: Sie sprechen von Freihandelsabkommen. Gerade haben Sie am WEF zwei weitere Abkommen mit dem Kosovo und Thailand unterzeichnet. Seit Sie 2019 das Volkswirtschaftsdepartement übernommen haben, ist dies bereits das fünfte Abkommen, das Sie unterzeichnen konnten. Wie wichtig sind diese Abkommen für die Schweiz?

Parmelin: Die beiden Abkommen zeigen, dass die Schweiz ihre erfolgreiche Handelspolitik fortsetzt und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Thailand ist mit einem Warenaustausch von 7,4 Milliarden Franken der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz in Südostasien. Viele Schweizer Unternehmen wollen in Asien diversifizieren und suchen neben China einen zweiten Standort. Thailand ist dafür ideal. Bereits heute beschäftigen Schweizer Unter-

nehmen in Thailand fast 28 000 Personen. Es ist eine typische Win-win-Situation für beide Seiten. Dabei darf man nicht vergessen, dass Freihandelsabkommen nicht nur Zollvorteile bringen, sondern auch eine gewisse Rechtssicherheit für die Unternehmen. Das ist wiederum wichtig für die Standortattraktivität der Schweiz.

Weltwoche: Ihr grösster Erfolg war sicher das Freihandelsabkommen mit Indien.

Parmelin: Indien ist ein wichtiger Wachstumsmarkt für die Schweiz. Das Land ist der viertgrösste Handelspartner der Schweiz in Asien und der wichtigste in Südasiens. Das bevölkerungsreichste Land der Welt hat 1,4 Milliarden Einwohner, darunter sehr viele junge Menschen. Das Freihandelsabkommen ist das erste umfassende Abkommen, das Indien mit europäischen Ländern abgeschlossen hat. Es ist deshalb von strategischer Bedeutung. Es ist beispielhaft. Wir haben sechzehn Jahre gebraucht, um es zum Abschluss zu bringen. Es steht auf einem soliden Fundament, das von gegenseitigem Respekt und Willen und von Kreativität geprägt ist.

Weltwoche: Ein Rezept für weitere Abkommen?

Parmelin: Das wird sich zeigen. Es ist jedenfalls Sinn und Zweck dieser Abkommen, dass sie immer wieder neu verhandelt und aktualisiert werden. Für uns ist entscheidend, dass wir den Ausbau von Handelsbeziehungen mit Ländern fördern, die uns eine weitere Diversifizierung unserer Handelsbeziehungen ermöglichen.

Weltwoche: Der scheidende US-Präsident Joe Biden wollte kein Freihandelsabkommen mit der Schweiz. Nehmen Sie jetzt mit der Regierung Trump einen neuen Anlauf?

Parmelin: Wir haben es in früheren Jahren schon zweimal versucht. Aber natürlich nehmen wir jetzt einen neuen Anlauf. Mit dem neuen Handelsminister werden wir sehen, ob ein Abkommen möglich ist oder nicht. Meine Botschaft, die ich vor einigen Tagen am Weltwirtschaftsforum in Davos und auch sonst immer wieder zum Ausdruck bringe, ist klar. Wir sind ein neutrales Land. Wir gehören zu keinem Block. Wir wollen unsere Trümpfe ausspielen, und die heissen Agilität und Diversifizierung. Die Schweiz will Freihandel, aber keine protektionistischen Massnahmen und keinen Subventionswettlauf, wie ihn die EU oder die USA derzeit betreiben. Solche Programme führen unbestrittenermassen zu Fehlanreizen und unerwünschten Wettbewerbsverzerrungen. Diesem Trend entgegenzuhalten, ist nicht einfach, aber diese Politik hat die Schweiz bisher erfolgreich gemacht, und ich bin überzeugt, dass es uns auch weiterhin hilft, positiv in Richtung Zukunft zu gehen.

Weltwoche: Dann dürfte es Sie nicht freuen, dass das Parlament jetzt Industriepolitik macht und die Schweizer Stahlwerke unterstützen will.



«Zweiter Standort neben China»: Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit Thailand.

Parmelin: Ich möchte es ganz allgemein formulieren. Wir sollten nicht den Nachbarländern nacheifern und industriepolitischen Verlockungen nachgeben. Wir wollen keine Politik nach dem Giesskannenprinzip. Wir können aber den Strukturwandel letztlich nicht verhindern. Wir müssen Unternehmertum und Eigenverantwortung fördern und nicht schwergewichtig auf staatliche Intervention setzen. Nur so können wir unsere Stärken ausspielen.

Weltwoche: Sie sind auch Bildungsminister. Das duale Bildungssystem steht unter Druck. Die Berufslehre verliert an Ansehen, immer mehr Eltern wollen ihre Kinder unbedingt ans Gymnasium schicken. Bereitet Ihnen das Sorgen?

Parmelin: Wie Sie wissen, bin ich ein überzeugter Anhänger des dualen Bildungssystems, weil ich selbst ein Produkt dieses Systems bin und weil es für mich eine solide Basis für all meine Tätigkeiten, beruflich oder politisch, war. Ich bin der lebende Beweis dafür, dass ein Lehrling später im Leben durchaus Bundesrat werden kann. Deshalb liegt mir die berufliche Bildung mit ihren Stärken sehr am Herzen. Unser Bildungssystem ist sicher einer der wichtigsten Standortvorteile der Schweiz.

Weltwoche: Wie kann man die Berufslehre wieder aufwerten?

Parmelin: Auch hier müssen wir agil sein, die bewährten Grundlagen erhalten, aber uns laufend den neuen Gegebenheiten und Bedürfnissen der Arbeitswelt anpassen. Diese Balance zu halten, ist herausfordernd und verlangt von allen Partnern, den Organisationen der Arbeitswelt, den Kantonen und dem Bund, ein grosses und kontinuierliches Engagement.

Weltwoche: Umgekehrt profitiert die Schweizer Wirtschaft von Hochschulen, die einen weltweit guten Ruf geniessen.

Parmelin: Das ist völlig richtig. Unser akademisches Umfeld ist nicht nur für die Unternehmen und die Wirtschaft von zentraler

«Die Schweiz will Freihandel, keine protektionistischen Massnahmen wie die EU oder die USA.»

Bedeutung, sondern ist auch eines unserer wichtigsten Instrumente in der bilateralen Zusammenarbeit. Ich halte die Wissenschaft für ein sehr wertvolles Instrument der Diplomatie. Die Qualität der Ausbildung an unseren Hochschulen fördert die Zusammenarbeit mit den besten Universitäten der Welt – zum Beispiel in Grossbritannien oder den USA.

Weltwoche: Was hat das konkret bewirkt?

Parmelin: Es ist uns gelungen, die Zusammenarbeit im akademischen Bereich mit sogenannten Memoranda of Understanding zu verbessern. Solche Abkommen ermöglichen unseren Forschenden einen dauerhaften und

starken Zugang zu führenden internationalen Institutionen. In den letzten drei Jahren hat die Schweiz solche Memoranda mit den USA, Grossbritannien, Kanada, Südkorea, Japan, Spanien, Frankreich, Dänemark und soeben mit den Niederlanden unterzeichnet. Sie bieten den Forschenden die Möglichkeit, sich zu vernetzen, gemeinsam zu forschen und die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit der Schweiz zu stärken.

Weltwoche: Dann braucht die Schweiz das Abkommen «Horizon Europa» gar nicht?

Parmelin: Als Land mitten in Europa ist den Schweizer Universitäten natürlich sehr an einer möglichst umfassenden Zusammenarbeit mit den umliegenden Forschungsstandorten gelegen. Das Horizon-Programm ist für die Forschungsarbeit in Europa zentral, und ich bin daher erfreut, dass sich die Schweizer Wissenschaft seit Anfang Jahr im Rahmen einer Übergangsregelung wieder an fast allen Ausschreibungen von Horizon beteiligen kann.

Weltwoche: Michael Gerber, Leiter der Abteilung «Internationale Programme und Organisationen» im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, hat erklärt, dass es keine Garantie gebe, dass die Schweiz auch nach dem Abschliessen des EU-Vertrags bei «Horizon Europa» mitmachen könne. Zudem sei die Schweiz in der Kategorie D – das bedeute, sie sei schlechter gestellt als assoziierte Staaten wie zum Beispiel Aserbaidschan, Georgien, Weissrussland, Israel oder Syrien. Was sagen Sie dazu?

Parmelin: Wir gehen davon aus, dass mit der Unterzeichnung des Programmabkommens die provisorische Assoziierung und mit der Ratifizierung des gesamten Vertragspakets der Schweiz mit der EU die eigentliche Assoziierung lanciert wird.

Weltwoche: Sie wirken sehr unternehmungslustig und stecken voller Tatendrang. An einer Veranstaltung bezeichneten Sie Ihre neun Jahre im Bundesrat als «Aufwärmphase». Wie ernst meinen Sie das?

Parmelin: Genau so, wie ich es gesagt habe (*lacht*).

Weltwoche: Sie sind von Haus aus Winzer. Jetzt führen Sie ein Departement mit mehr als 2200 Angestellten. Was ist Ihr wichtigster Führungsgrundsatz?

Parmelin: Wir suchen und finden im allgemeinen Interesse konkrete und pragmatische Lösungen.

Weltwoche: Was sagen Sie zur oft gehörten Kritik, die Jobs in der Bundesverwaltung seien zu attraktiv?

Parmelin: Ich kann nur feststellen, dass in der Bundesverwaltung sehr gut gearbeitet wird. Nehmen wir die Zeit während der Pandemie: Da haben die Mitarbeitenden zum Teil Tag und Nacht gearbeitet, um einfache Lösungen zu finden. Und es ist ihnen gelungen, wenn ich zum Beispiel an die Covid-Kredite denke.